

Rheingauer Anzeiger.

80. Jahrgang.

Amtliches
für den westlichen Teil

umfassend die
Stadt- und Landgemeinden



Kreis-Blatt Fernsprech-Anschluß Nr. 9
des Rheingau-Kreises.

des vorm. Amtsbezirks
Rüdesheim am Rhein.

Anzeigenpreis:
die kleinste (Petit) Zeile
ab. deren Raum 20 Pfg.
Ankündigungen vor und
hinter d. redaktionellen
Teil (soweit inhaltlich
zur Aufnahme geeignet)
die Petitzeile ab. deren
Raum 60 Pfg.
Beide Preise bis auf
weiteres mit 25%
Zerlegungszuschlag.

Bezugspreis: viertel-
jährlich M. 6.—, in
der Geschäftsstelle ab-
geholt M. 5.80; durch
die Post bezogen viertel-
jährlich M. 6.— ohne
Postgebühren.

Einzige amtliche
Rüdesheimer Zeitung.

Nr 106

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag und Samstag.

Dienstag, 7. Septbr.

Verlag der Buch- und Steinbrucker
Schäfer & Metz, Rüdesheim a. Rh.

1920.

„Alle verlangten Genugtuungen gegeben?“

hmz. Paris, 3. Sept. Havas meldet: Der Mi-
nister des Auswärtigen wurde von Berlin offiziell
benachrichtigt, daß die deutsche Regierung alle
verlangten Genugtuungen, die die französische Regie-
rung anlässlich der Zwischenfälle in Breslau aufstellte,
annimmt. — Dr. Mayer wird heute abend dem Präsi-
denten der Republik sein Beglaubigungsschreiben nicht
überreichen.

hmz. Paris, 3. Sept. In Besprechung einer
Havas-Depeche, nach der Deutschland Frank-
reichs Bedingungen bezüglich der Regelung des Bres-
lauer Vorfalls angenommen haben soll, schreibt das
„Echo de Paris“: So wäre denn der Breslauer
Vorfall zur Befriedigung Frankreichs ge-
regelt; er konnte keine andere Lösung finden. Die zö-
gernde Haltung Berlins vor der unvermeidlichen Unter-
werfung war lediglich von der Rücksicht auf die öffent-
liche Meinung Deutschlands eingegeben, die sehr ge-
reizt und nervös ist. — „Petit Journal“ meldet,
daß die gegen Abend angekommene Antwort Berlins
die Dispositionen abändern könne, die hinsichtlich der
Hinausschiebung der Ueberreichung des Beglaubigungs-
schreibens des deutschen Botschafters beim Präsidenten
der Republik getroffen worden seien. Wenn sich die
Nachricht bewahrheiten sollte, werde Dr. Mayer an der Zere-
monie teilnehmen, die im Schloß zu Rambouillet statt-
finden werde, zur Ueberreichung der Beglaubigungs-
schreiben der Vertreter von Oesterreich und Peru.

Eine Bestätigung von deutscher Seite liegt bis jetzt
nicht vor.

Berlin, 3. Sept. Das Kabinett hat den Bericht
des Reichsministers Dr. Simons über den Stand der
eingeleiteten Verhandlungen entgegengenommen. Ueber
den Gang der Verhandlungen wird vorläufig stren-
ges Stillschweigen bewahrt. Alle aufstauenden
Mitteilungen darüber dürften auf mehr oder weniger
wahrscheinlichen Vermutungen beruhen. Vor
irgendwelchem frühzeitigen Optimismus ist jedenfalls zu
warnen.

Breslau, 4. Sept. Der Polizeipräsident von
Breslau, Ernst, ist in den einstweiligen Ruhestand ver-
setzt worden. Damit ist einer der französischen
Sühneforderungen für Breslau entsprochen
worden.

Berlin, 3. Sept. Die Verhandlungen mit Frank-
reich über dessen Sühneforderungen gehen noch weiter.
Sie werden nicht nur in Berlin mit Laurent, sondern
auch in Paris durch Dr. Mayer geführt. An amtlicher
Stelle rechnet man damit, daß sie sich noch längere Zeit
hinziehen werden. („Berl. Botsch.“)

Die Fleisch- und Brotfrage.

Berlin, 3. Sept. Die Konferenz im Reichsministe-
rium für Ernährung und Landwirtschaft wurde von
Reichsminister Dr. Hermes mit einer Ansprache er-
öffnet, in welcher er u. a. darauf hinwies, daß mit dem
Abbau der Zwangswirtschaft unter allen Umständen ein
gemeinsames Vorgehen der Länder und
des Reiches erzielt werden müsse. „Bisher sei es
gelingen, diese Einheitlichkeit aufrecht zu erhalten.“ Der
Minister eröffnete sodann die Debatte über die Freigabe
der Fleischwirtschaft und die Bereitstellung einer Reserve
an Auslandsfleisch, die ständig so groß gehalten werden
soll, daß sie eine Wochenration für längere Zeit sicher
stellt.

„Es müsse anerkannt werden, daß die Brotge-
treide-Ablieferung in den letzten Tagen eine
Besserung erfahren habe, wenn sie auch nicht aus-
reiche, die Brotgetreide-Reserve in genügendem Maße
sicher zu stellen. Die Freigabe des Schlachtochters ohne
Sicherung einer Fleisch-Reserve könne er nicht vorschla-
gen, auch die Sicherung der Brotgetreide-Reserve sei
absolut notwendig.“

Ein Antrag Bayerns fordert eine Verminde-
rung des Ausmahlungsmaßes, sowie eine
Erhöhung der Brotzotation. Die meisten Vertreter
der Länder schlossen sich der Forderung nach einer Ver-
minderung des Ausmahlungsmaßes an, eine minder
große Zahl auch der Forderung nach Erhöhung der
Brotzotation.

Die kommende Zwangsanleihe.

Berlin, 3. Sept. Die seit einiger Zeit in
Umlauf befindlichen Gerüchte über die Aufnahme
einer Zwangsanleihe werden an maßgebender
Stelle im Reichsfinanzministerium bestätigt.
Angesichts der immer schärfer werdenden Notlage
des Reiches muß zur Ausgabe einer Zwangs-
anleihe geschritten werden. Es soll dabei jedoch
auf diejenigen, die das Reichsnotopfer sofort und
in stärkerer Weise befaßt, bittige Rücksicht genom-
men werden. Infolgedessen wird die Zwangs-
anleihe in einer neuen Form erscheinen, die ihr
einen Teil ihrer Härten nehmen soll. Die Vor-
arbeiten im Reichsfinanzministerium sind bereits
so weit gediehen, daß in nächster Zeit mit dem
Projekt an die Öffentlichkeit getreten werden kann.
Auch die Reichsbank hat ein starkes Inter-
esse an der Schaffung einer Zwangsanleihe. Von
Bedeutung dürfte es noch sein, daß ein Staat,
dessen Finanzen und Wirtschaft sich in sehr geord-
neten Verhältnissen bewegen, nämlich das König-
reich der Niederlande, in diesem Jahre schon die
Aufnahme einer Zwangsanleihe beschlossen hat.

Italien.

Befehung der Fabriken durch die Arbeiter — Streiks. — Aussperrungen.

hmz. Rom, 3. April. Die Metallindustriellen haben
die Aussperrungen in ganz Italien be-
schlossen. Die Arbeiter brüsten sich damit, die Fabri-
ken in den großen Industriestädten zu besetzen.
Arbeitsminister Gabrioli hat bis jetzt vergeblich
eine Vermittelung versucht. Bei der Befehung von
Fabriken ist es zu Zusammenstößen gekommen,
so in Genua.

Nach einer Meldung der „Libertà“ aus Genua ist
dort der Generalstreik erklärt worden.

Der „Temps“ meldet, daß die Arbeiter das Arsenal
von Venedig ohne Zwischenfall besetzt haben. Nach
dem „Messaggero“ hat sich die Befehung der Fabriken
durch die Arbeiter auch auf Bologna, Florenz,
Lodi, Livorno und andere Städte ausge-
dehnt.

Nach dem „Corriere della Sera“ haben die Sozial-
isten von Triest und Umgebung beschlossen, den Ge-
neralstreik zu proklamieren. Derselbe soll über ganz
Venezien und Italien sich ausbreiten.

Vermischte Nachrichten.

○ Rüdesheim, 3. Sept. Man schreibt uns:

Die Kartoffelversorgung. Noch vor
wenigen Wochen bildete sie den allgemeinen Ge-
sprächsstoff in der Stadt, und mit banger Sorge
sah man den Tagen entgegen, an denen die ersten
rationierten Frühkartoffeln zur Verteilung kamen.
Der Stadt Rüdesheim ist es dank ihrer Bemühun-
gen gelungen, den Bedarf an Frühkartoffeln in
weitgehendstem Maße zu decken und zur Verteilung
zu bringen. Aber, o welche Enttäuschung! Auf
einmal ist das Publikum über seinen Bedarf
hinaus gesättigt! Man bildet sich nun ein, die
Kartoffeln je nach Belieben pfundweise holen zu
können. Man achtet nicht auf die Bekanntmachun-
gen des Magistrats, der zum Kauf auffordert
unter ausdrücklicher Betonung, daß jede Menge
abgegeben wird. Obwohl nun die Einwohner sehr
wohl wissen, daß sie ihre kleinen Mengen viel
sachgemäßer selbst lagern und behandeln können,
muten sie trotzdem der städtischen Verwaltung zu,
die Kartoffeln auf Risiko der Stadt einzufahren,
um alsdann bei späterer Verteilung Kritik zu
üben, weil vielleicht einige Zentner in den für
längere Lagerung ungeeigneten städtischen Kellern
verfaulen sind. Wie verlautet, trägt sich denn auch
die Stadt bereits mit dem Gedanken, die in-
zwischen gelagerten Kartoffeln, um sie vor dem
Verderben zu schützen, nach auswärts abzu-
stoßen, weil es noch Orte gibt, an denen das
Publikum für jedes Quantum dankbar ist. —
Ihr Rüdesheimer Einwohner, wenn ihr vermeiden
wollt, daß ihr bis zum Eintreffen von Spätkar-
toffeln womöglich mehrere Wochen ohne Kartoff-
eln seid, dann wendet euch sofort an die bekannten
Händler und sichert euch euren Bedarf, ehe es
zu spät ist. Ihr dient damit euch selbst und der
Stadt. Wer es aber verjäumt, kann später keine
Vorwürfe gegenüber der städtischen Behörde er-
heben, denn er hat sich den etwaigen Mangel
an Kartoffeln selbst zuzuschreiben.

+ Rüdesheim, 6. Sept. Aus einem uns zu-
gehenden Bericht des Wirtschaftsausschusses der
Handelskammer Wiesbaden über dessen Sitzung
vom 25. Aug. ds. Js. wollen wir folgendes
Wichtigere herausgreifen: Der Entwurf eines
Arbeitslosenversicherungsgesetzes gab im Ausschuß
zu großen Bedenken Anlaß, da nach seiner Ansicht
Industrie und Handel bei der jetzigen wirtschaft-
lichen Lage eine Belastung, wie sie der Entwurf
vorsieht, nicht mehr zu tragen in der Lage sind. Zum
mindesten müsse das Gesetz in eine Form gebracht
werden, die den berechtigten Wünschen der beteiligten
Kreise entspreche. Auch der Entwurf eines Arbeits-
nachweisgesetzes enthält nach Ansicht des Ausschusses
zahlreiche für Industrie und Handel nachteilige
Bestimmungen. Da eine besondere Kommission
beim Mittelrheinischen Fabrikantenverein in Mainz,
zu der die Handelskammer zugezogen ist, mit der
Durchsicht der Entwürfe beauftragt ist, soll der
Vertreter der Kammer im Sinne der Beschlüsse
des Ausschusses dort Stellung nehmen. Die Be-
seitigung oder Herabsetzung der Ausfuhrabgaben
für einzelne Waren zu beantragen, erscheint dem
Ausschuß nicht zweckmäßig. Er glaubt vielmehr,
gegen das ganze System Stellung nehmen zu sollen.
Eine entsprechende Eingabe soll daher an die maß-
gebende Stelle gerichtet werden. Auf Anregung
eines Wiesbadener Interessenten beschloß der Aus-
schuß, daß die Handelskammer bei der EisenbahnDirek-
tion eine Herabsetzung der Wagenstandgelde für die

Zeit von Arbeiterstreiks usw. beantragt, wo es den Firmen nicht möglich ist, die Eisenbahnwaggons rechtzeitig zu entladen.

— **Küdesheim, 6. Sept.** Der Magistrat gibt folgendes bekannt: Es wird nochmals daraufhingewiesen, daß sämtliche pädagogischen Lebensmittel mit Ausnahme von Mehl, Zucker und Kranksachen laienfrei in allen Kolonialwarengeschäften zu haben sind. Der Preis für Erbsen ist herabgesetzt worden und kostet das Pfund 1.10 Mk. Außerdem: Bohnen das Pfund 2.20 Mk., Haserflocken das Pfund 1.90 Mk., Dosenmilch die Dose 8.50 Mk., Sprd das Pfund 12.60 Mk., Cornedbeef das Pfund 16.50 Mk. Die Dosenmilch ist auf dem Lager im alten Amtsgericht in den Vormittagsstunden von 8—12 Uhr zu haben. — Der Verkauf von Speise-Grütkartoffeln findet vom 7. ds. Mts. ab durch den Händler Herrn Wilh. Barth jeden Dienstag und Donnerstag nachmittags von 1—5 Uhr im Armenshaus, Oberstr., statt. Das Pfund Kartoffeln kostet 40 Pfennig und erfolgt die Abgabe nicht unter 50 Pfund.

— **Küdesheim, 6. Sept.** Auf die im Anzeigenteil abgedruckten Bekanntmachungen des Kreiswohlfahrtsamtes, betr. wirtschaftliche Beihilfen für heimgekehrte Kriegsgefangene, weisen wir besonders hin.

— Eine letzte Frist für veräumte Zugsteuererklärungen. Das Reichsfinanzministerium teilt mit: In den Kreisen der Zugsteuerpflichtigen herrscht vielfach die irrige Auffassung, daß der Zeitpunkt zur Zugsteuererklärung erst mit dem 30. September 1920 abläuft. Dieser Tag bildet den Schluß der Steuerklärungsfrist für das Reichsnotopfer, nicht auch für die Zugsteuer. Die Zugsteuererklärung war vielmehr, soweit nicht für einzelne Fälle eine Fristverlängerung besonders zugestimmt worden war, bereits bis zum 1. Sept. 1920 abzugeben, worauf in der Presse wiederholt hingewiesen worden war. Wer die Frist veräumt hat, wird gut tun, nunmehr umgehend die Erklärung nachzuholen, um empfindliche Ordnungstrafen und Steuerzuschläge zu vermeiden. Die baldige Erledigung der Zugsteuerveranlagung ist unbedingt erforderlich, weil mit dem 1. Oktober 1920 bereits die Frist zur Abgabe der zweiten Zugsteuererklärung für die Zeit vom 1. Juli bis zum 30. September 1920 beginnt.

Das Wochenblatt „Le Rhin illustre“ vorläufig eingegangen.

mz. Das seit 1½ Jahren in Mainz in französischer und deutscher Sprache erscheinende Wochenblatt „Le Rhin illustre“ kündigt in seiner eben erschienenen Nummer sein vorläufiges Eingehen an. Wie das „Echo du Rhin“ hierzu mitteilt, wird das eingegangene Blatt demnächst in einer neuen Form erscheinen, die besser geeignet sein solle, dem gesteckten Ziele zu dienen, das u. a. auf eine Annäherung zwischen Rheinländern und Franzosen gerichtet sein und den wirtschaftlichen Interessen dienen sollte.

Ludwigshafen, 4. Sept. Da durch die Torfgrube an der neuen Saarlandsgrenze die direkte Eisenbahnlinie von Osten nach Westen abgeschnitten wird, ist als Grenzbahn von Norden nach Süden, von Landstuhl nach Zweibrücken mit Streckenführung von Türkismühle bis zur französischen Grenze bei Hornbach eine große Umgehungsbahn geplant. Bis zu deren Fertigstellung sollen im Laufe der nächsten Zeit staatliche Motorkraftwagen die Grenze längs der für die Westpolz geplanten Bahnstrecke in den modernen Verkehr einbezogen werden. Nachdem die Versuche ein günstiges Ergebnis hatten und das Reichsverkehrsministerium die Strecke genehmigt hat, wird der regelmäßige Verkehr des Postautos von Ballhalben nach Landstuhl mit Anschluß an Zweibrücken, wie die „Pfalz. Post“ meldet, nunmehr voraussichtlich am 16. Sept. eröffnet werden. Weitere Verkehrslinien werden folgen.

Erhöhung der Getreidepreise für das besetzte Gebiet.

mz. **Speyer, 4. Sept. (Amtlich.)** Der Reichsernährungsminister hat heute mit Wirkung vom 1. Sept. ab, vor Einlauf einer neuesten Erklärung der Freien Bauernschaft der Pfalz, sich damit einverstanden erklärt, daß für das besetzte Gebiet die Preise für Roggen, Gerste und Hafer um 110 Mark, für Weizen um 125 Mark für die Tonne erhöht werden. Danach ergibt sich für das besetzte Gebiet ein Preis von 1710 Mark für die Tonne Roggen, von 1765 „ für die Tonne Weizen und 1660 „ für die Tonne Hafer und Gerste. Diese Preise gelten auch für bereits abgelieferte Mengen.

Der Streikstreik beigelegt.

mz. **Stuttgart, 3. Sept.** Der Generalstreik ist beendet. Die Arbeit wird wieder aufgenommen. Eine Betriebsräteversammlung hat die im Beisein der Regierung getroffenen Vereinbarungen noch anzuerkennen. Die Daimler Werke blieben den Verhandlungen fern. Die Streiktage werden nicht bezahlt.

Der Hartmannswellerkopf zum Kriegsdenkmal erklärt.
Strasbourg, 4. Sept. Wie dem „Berl. Lokalanzt.“

berichtet wird, sind auf Verfügung des Generalkommissars für Elsass-Lothringen alle Berggruppen in den Vogesen, an denen sich schwere Kämpfe abgespielt haben, darunter der Hartmannswellerkopf, zu Kriegsdenkmälern erklärt worden, um sie künftig vor jeder Entweihung zu schützen.

8 Millionen Schadenersatz.

mz. **Kattowitz, 3. Sept.** Der Magistrat teilt mit, daß bisher 8 Millionen Mark als Schadenersatzansprüche eingereicht worden sind, zu deren Zahlung die Stadt auf Grund des Tumultschadengesetzes verpflichtet ist.

Nach wie vor größte Unsicherheit in Oberschlesien.

mz. **Kattowitz, 3. Sept.** In der Stadt Kattowitz setzen die Franzosen die Hausdurchsuchungen nach Waffen mit Gründlichkeit fort. Im Landkreis Kattowitz herrscht nach wie vor die größte Unsicherheit. Besonders unsicher sind die Verhältnisse in Bogutshüh, Eichenau, Röschen, Schoppin. Auch im Kreise Biele ist die Lage nach wie vor unsicher.

mz. **Leipzig, 4. Sept.** Das geschäftliche Ergebnis der Leipziger Messe, die von 15 590 Ausstellern besucht war, befriedigt infolge der Zurückhaltung der Einkäufer die meisten Aussteller nicht. Die technische und die allgemeine Messe sind von zusammen 104 000 Personen besucht worden. Aus dem Ausland war der Besuch diesmal nur gering. In der Papier- und Spielwaren verarbeitenden Industrie lag das Geschäft vollständig still. Dagegen wurden in der keramischen Industrie und Haus- und Küchengeräten teilweise bedeutende Bestellungen auf Gebrauchsgüter gemacht. Als sehr gut werden auch die Umsätze auf der Textilmesse bezeichnet.

Ein Plan des Schneiders Merges.

Hameln, 6. Sept. In einer Kommunistenversammlung zu Hameln sagte der Expräsident Braunschweigs, Merges, daß der kommunistische Bund in Hameln mit Hilfe der russischen Gefangenen, die dort untergebracht sind, versuchen werde, sich der Stadt Hameln zu bemächtigen.

Berlin, 3. Sept. Zum Erlaß der neuen Arbeitsordnung wird der „Röln. Ztg.“ vom Reichsarbeitsministerium mitgeteilt:

In zahlreichen Eingaben aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen wird angefragt, ob der Erlaß der neuen Arbeitsordnung, die das Betriebsrätegesetz vorschreibt, bis über den 1. September hinausgeschoben werden darf. Darauf ist zu erwidern, daß dies unbedenklich ist, wenn die beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer damit einverstanden sind. Das Reichsarbeitsministerium hält es für erwünscht, daß die Arbeitsordnung nach Möglichkeit nicht betriebsweise, sondern von Verband zu Verband geregelt wird, auch wenn hierdurch eine Verspätung eintritt. Andererseits wird, nachdem der vom Reichsarbeitsministerium im Einvernehmen mit den Verbänden ausgearbeitete Entwurf einer Normal-Arbeitsordnung für Arbeiter veröffentlicht worden ist, erwartet, daß die Beteiligten alles tun, um den rechtzeitigen Erlaß der Arbeitsordnung zu ermöglichen. Zur Verhinderung einer abschließlichen Verschleppung ist vom Betriebsrätegesetz die Anrufung des Schlichtungsausschusses gemäß § 80 vorgegeben. Der Schlichtungsausschuß hat im Falle mangelnder Einigung der Parteien die Arbeitsordnung endgültig und bindend festzusetzen. Auch ist es Sache der Gewerbeaufsichtämter, nötigenfalls auf den Erlaß der neuen Arbeitsordnung gemäß § 134a der Gewerbeordnung hinzuwirken.

Die Genfer Konferenz.

In den ziemlich dürftigen Mitteilungen über den Verlauf der Beratungen im Auswärtigen Ausschuss verdienen die Äußerungen des Ministers Simons über die Aussichten der Genfer Konferenz eine ganz besondere Beachtung. Soll doch die Genfer Zusammenkunft, wie allgemein bekannt, die Summen festsetzen, zu deren Zahlung an die verschiedenen Ententemächte sich Deutschland verpflichten soll. Aus der Rede des Ministers Simons geht nun hervor, daß ein lebhafter Kampf zwischen den Ententemächten um die Genfer Konferenz geführt wird, so daß ihr Zustandekommen zurzeit überhaupt noch fraglich erscheint. England und Italien arbeiten eifrig für die Genfer Konferenz, und auch Deutschland hat, wie aus den Äußerungen des Dr. Simons hervorgeht, alle vorbereitenden Schritte getan, um eine Neuaufgabe des Diktats von Spa nach Möglichkeit zu verhindern. Wir haben auch schon die unmittelbare Fühlungnahme der Finanzfachverständigen verschiedener Länder in Angriff genommen, damit unannehmbare Vorschläge, die zu erregten Auseinandersetzungen führen müssen, von vornherein vermieden werden. Aber eine Ententemacht, unter der natürlich niemand anders als Frankreich zu verstehen ist, sträubt sich mit Händen und Füßen gegen die Genfer Konferenz. Von unserem Standpunkt aus ist es sehr schwierig, zu entscheiden, ob wir der Genfer Konferenz nachweinen müßten oder nicht.

Denn die Entente träumt von Entschädigungsmilliarden, die wir beim besten Willen, ausgeplündert, wie schon sind, nicht mehr aufbringen können. Wir sind überhaupt nicht mehr zahlungs-, sondern allenfalls noch zur Not arbeitsfähig. Findet die Genfer Konferenz aber statt, so ist es ganz zweifellos, daß sich Deutschland wohl oder übel zur Zahlung einer ganz stattlichen Milliardenentschädigung verpflichten muß. Damit hätte die Entente den namentlich von England und Italien gewünschten Rechtsanspruch. Daran aber hat Frankreich nur ein sekundäres Interesse. Frankreich will den Zustand der labilen Hörigkeit Deutschlands, es will gewissermaßen eine dauernd laufende Rechnung, die es uns jederzeit präsentieren kann, wenn die Gelegenheit ihm passend erscheint. Geht es Deutschland wirtschaftlich besser, so kann diese Rechnung erhöht werden, geht es uns schlecht, so bleibt es eben beim alten. Welches von den Uebeln das größere oder das kleinere ist, die Rechtsverpflichtung einer Zahlung, die wir nicht leisten können, oder der dauernde Zustand der Ungewißheit und Unruhe, ist schwer zu entscheiden. Wie wir aber dabei zum Aufbau Europas kommen sollen, ist für den Normalverstand nicht zu ergründen. Vielleicht wird aber diese Notwendigkeit sich schließlich doch noch stärker erweisen, als alle schlaunen Bemühungen der Staatskünstler.

Die Kleine und Große Entente. Eine beachtenswerte Rede des tschechischen Ministers Dr. Benesch.

in Prag, 2. Sept. In der gestrigen Sitzung des ständigen Ausschusses sagte der Minister des Äußern Dr. Benesch u. a.:

„Das Übereinkommen zwischen Tschechien, Südslawien und Rumänien ist ein politisch außerordentlich bedeutendes Faktum. Die Politik der tschechischen Republik ist überall und immer friedliebend und gegen eine Intervention gerichtet gewesen, und diese Idee ist auch bei der sogenannten Kleinen Entente zwischen uns, Rumänien und Südslawien leitend gewesen. Die allgemeine politische Lage in Europa ist heute schwierig, und wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben, daß binnen kurzem eine völlige Aenderung eintreten wird. Sie wird vielleicht noch lange Zeit hindurch von einzelnen politischen Blöcken bestimmt werden, und zwar zuerst von dem Block der Großen Entente im Westen, dem deutschen Block im Norden und dem russischen Block im Osten. Man darf voraussetzen, daß trotz aller politischen Schwierigkeiten die Einigkeit sich im Westblock auch weiterhin aufrechterhalten wird. Der deutsche Block strebt heute namentlich eine Konsolidierung im Innern und die Heilung der Wunden an, die ihm der Krieg vererbt hat. Er verfolgt jedoch die Ereignisse in Europa aufmerksam, um zu geeigneter Stunde mit seiner ganzen Kraft in die internationalen Verhältnisse einzugreifen und in der Politik Europas jene Rolle zu spielen, die seiner Stärke angemessen ist. Den dritten Block bilden die Russen. Wir und unsere Verbündeten können einstweilen zur russischen Frage nur einen abwartenden Standpunkt einnehmen. Die Neutralität im russisch-polnischen Konflikt ergab sich von selbst aus unserer bisherigen Politik. Meinungen, daß die französische Regierung mit der magyarischen Regierung ein Abkommen getroffen habe, bei welchem nachbaltische Interessen und insbesondere auch die unsrigen in territorialer Beziehung berührt würden, sind unrichtig.“

Die Politik der „Kleinen Entente“.

Wien, 3. Sept. Die Rede des tschechischen Ministers des Äußern Benesch über die Kleine Entente findet größte Beachtung. Sie wird als Abgabe an die Große Entente aufgefaßt, namentlich wegen der scharfen Ablehnung der von England und Frankreich befürworteten Donaukonföderation und der feindseligen Sprache gegen das von den Großmächten neuerdings wohlwollend behandelte Ungarn sowie wegen des Eingeständnisses, daß trotz allem die Wiedererstarkung des deutschen Volkes unvermeidlich sei, eines Eingeständnisses, das oben drein ohne Angstlichkeit oder Bedauern gemacht worden ist, endlich auch wegen der leidenschaftlichen Stellungnahme zu dem russischen Problem. Die hiesige Öffentlichkeit gewinnt daraus den Eindruck, daß die Staaten der Kleinen Entente durch diese Versuche wollen, sich der Vormundschaft der Großen Entente zu entziehen und ihre eigene Politik zu machen, die sie in standsehen soll, ihre eignen Ziele anzustreben, statt lediglich ohnmächtige Werkzeuge der Großen Entente zu sein.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 6. Sept. Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons und der preussische Minister des Innern Severing suchten den französischen Bot-

schafter auf. Dr. Simons erklärte Herrn Laurent folgendes: „In der Note vom 30. August haben Eure Excellenz der deutschen Regierung die Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Regierung der französischen Republik die Beilegung des Zwischenfalls herbeiführen will, der sich auf dem französischen Konsulat in Breslau am 26. August ds. Js. zugetragen hat. Zugleich haben Sie auf eine Reihe von Kundgebungen und Angriffe gegen zivile und militärische Vertreter Frankreichs in Deutschland hingewiesen. Dabei haben Eure Excellenz betont, daß die Regierung der französischen Republik mit der deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Beruhigung und der Arbeit friedliche Beziehungen zu unterhalten wünsche. Derselbe Wunsch erfüllt die deutsche Regierung. Sie mißbilligt auf das entschiedenste diese Vorkommnisse, die, wie die Vorgänge in Breslau durch gewisse Umstände und Ereignisse erklärt, aber nicht gerechtfertigt werden können. Die deutsche Regierung bedauert alle Zwischenfälle, deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige geworden sind, und wird die in der Note vom 30. August geforderten Genugtuungen gewähren.“ — Der französische Botschafter erwiderte: „Im Namen der Regierung der Republik nehme ich Kenntnis von der Erklärung Eurer Excellenz und der Zusage der Reichsregierung, daß sie die ihr mitgeteilten Wiedergutmachungsforderungen erfüllen wird. Lassen Sie mich, Herr Minister, der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich ähnliche Zwischenfälle nicht wiederholen, und daß die Beziehungen Deutschlands und Frankreichs sich von nun an im Geiste friedlicher Zusammenarbeit gestalten werden, der für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung und das Gedeihen beider Teile so nötig ist.“

Sodann machte der Reichsminister von den durch die Reichsregierung, der Minister des Innern von den durch die preussische Regierung in Erledigung der französischen Forderung getroffenen oder eingeleiteten Maßnahmen Mitteilung.

Die militärischen Ehrenbezeugungen vor dem französischen Konsulat in Breslau.

Berlin, 5. Sept. Zu den Forderungen, die wegen der Vorfälle in Breslau von der französischen Regierung gestellt worden sind, gehören auch militärische Ehrenbezeugungen durch eine Kompanie der Reichswehr bei der Wiedereröffnung des französischen Konsulates. Aus den Verhandlungen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ist bekannt geworden, daß sich die Vertreter aller Parteien in voller Würdigung der Schwere dieser einem Teil der Wehrmacht auferlegten Aufgabe dahin ausgesprochen, daß die Forderung nicht abgelehnt werden könne. Die Regierung verläßt sich auf den Gehorsam und auf das Pflichtbewußtsein der Truppe, die berufen sein wird, ihrem Eide gemäß, die Befehle der Regierung auszuführen. Sie rechnet bei allen Angehörigen der Wehrmacht auf Verständnis für die schwierige Lage, in der wir uns befinden. Pflicht der Bevölkerung wird es sein, der Truppe die Erfüllung einer Aufgabe, die sie mit Selbstverleugnung auf sich nimmt, nach Kräften zu erleichtern.

Engländer, die mit dem Verhalten der Franzosen nicht einverstanden sind.

m3. Berlin, 4. Septbr. Die drei englischen Kreiskontrollreue in Larnowitz, Groß-Strelitz und Beuthen haben ihre Entlassung eingereicht mit Rücksicht auf die in ihren Bezirken von französischer Seite geübte Parteilichkeit.

Die „Einigkeit“ derer, die uns „schöneren Zeiten“ entgegenführen wollen.

Berlin, 4. Sept. (Wolff.) Nach einer Meldung des „Berl. Tagebl.“ endete die Reichskonferenz der Unabhängigen mit dem Schlusswort des Referenten, woraus die Unversöhnlichkeit der die Partei spaltenden Richtungen hervorging. Dittmann erklärte, daß er sich von keinem Parteitagsschluß werde verpflichten lassen, mit Leuten wie Stöcker und Könen zusammenzuarbeiten. Däumig erklärte dagegen, daß er keiner Partei angehören könne, die den Anschluß an die Dritte Internationale ablehne. Eine Reihe scharfer persönlicher Bemerkungen schloß die Konferenz.

Millierands Reise ins besetzte Rheinland.

Der französische Ministerpräsident Millierand wird nach seiner Teilnahme am Jahrestage der Marne-Schlacht am 5. Sept. eine Reise nach dem besetzten Rheinland und nach Elsass-Lothringen antreten, die am 12. Sept. beendet sein wird. Dann begibt er sich nach Aix-les-Bains, wo er mit Lloyd George und Giolitti zusammentreffen wird.

m3. Mailand, 5. Sept. Die Bewegung der Metallarbeiter geht weiter. Es wurden weitere Fabrikbetriebe besetzt. In Terni haben 2000 Arbeiter die bedeutenden Stahlwerke dieser Stadt besetzt. — Wie der „Secolo“ aus Rom meldet, ist die Regierung entschlossen, sich in dem Konflikt neutral zu verhalten.

m3. Paris, 5. Sept. Laut „Temps“ meldet das „Giornale d'Italia“ aus Genua, daß auf zwei im dortigen Hafen im Trockendock liegenden Schiffen die rote Fahne gehißt worden ist. — Wie der „Temps“ weiter meldet, haben die bolschewistischen Schiffe in Genua sich aller im Hafen liegenden Schiffe bemächtigt und drohen, alle Kriegsschiffe, die den Versuch machen sollten, in den Hafen einzufahren, zu beschleichen.

m3. Beirut, 4. Sept. Hayas meldet: Am 1. Sept. wurde durch General Bouraud der Stadt Groß-Libanon proklamiert. Der Sitz der neuen Regierung soll Beirut sein. Die Nationalflagge zeigt die französischen Farben mit einer Feder im weißen Streifen. — Das muslimanische Beirama fest, an dem sich die französischen Behörden durch Geschenke und Verteilung von Mehl beteiligten, bot Gelegenheit zu einer Loyalitätskundgebung gegenüber Frankreich.

Auf dem Kriegspfade „gegen den Kapitalismus.“

Vier Arbeiter der Ostpreussischen Arbeitsgenossenschaft, deren Mitglieder bei Kanalbauten in Allenstein beschäftigt sind, hatten sich verloben lassen, in die bolschewistische Armee einzutreten, um gegen den „Kapitalismus“ mitzukämpfen. Den Zurückbleibenden ließ das Wasser im Munde zusammen, wenn sie an das Glück im Bolschewistenparadiese dach-

ten, daß diese vier nun zu Posen kommen würden. Jetzt sind die vier zurückgekehrt, aber — vom Bolschewismus wollen sie nichts mehr wissen! Sie haben böse Erlebnisse hinter sich und erzählen davon ihren auferstehenden Arbeitskameraden. Doch nun kam eine Ueberraschung: sie hatten es plötzlich mit der Feindschaft ihrer Mitarbeiter zu tun: sie verlangten, daß die dem Bolschewismus ungünstigen Erlebnisse nicht bekannt werden dürfen. Jene aber meinten, daß gerade die Wahrheit über diese Dinge den Genossen sehr dienlich wäre. Die Folge war, daß sie ihren Arbeitsplatz verlassen mußten, denn die wahrheitsfeindlichen deutschen Genossen machten ihnen den Aufenthalt unerträglich. Die Ostpreussische Arbeitsgenossenschaft besorgte ihnen einen anderen Platz.

Die „Ostpr. Ztg.“ ist in der Lage, einen ausführlichen Bericht, von allen vierten unterschrieben, zu veröffentlichen. Einige Bemerkungen daraus sind gerade heute nicht ohne Interesse. Die vier Wanderer freuten sich, in Sulwalki gleich auf die in so mißlicher Ordnung einrückende Kavallerie der Bolschewisten zu stoßen, aber es war — litauische Kavallerie, und sie mußten sich vorsichtig „drücken“. Man hat, vor allem die feldgraue Kleidung umtauschen zu dürfen, womit das Komitee sehr einverstanden war. Die vier erhielten abgetragene Lumpen, die Kleidung der Deutschen behielt man mit Vergnügen da. Augustowo war in Bolschewistenhänden. Auf dem Kriegsrevolutionskomitee freute man sich der deutschen Hilfe. Die vier wurden nach Grodno geschickt. Schon vorher begegneten ihnen große Massen von gänzlich zerlumpten Leuten. Auf dem Wege durch die Stadt boten sich grauenhafte Bilder. Am Ufer der Nemel lagen verfaulte Leichen. Das Judentum war ganz abgebrannt. Nach drei Tagen Aufenthalt in Grodno hatten die vier Schwärmer genug. Sie rissen nun wieder aus. Nach tagelangem Herumirren gelang es ihnen, nach Ostpreußen zurückzukommen, und als sie nun anfangen, ihre Erfahrungen mitzuteilen und aus dem Leben heraus zeigen, daß das Verhimmeln der russischen Bolschewisten durch die deutschen Spionisten der reinste Schwindel ist, ging es ihnen böse — natürlich nicht durch die Mitglieder der Arbeitsgenossenschaft, sondern durch die „freien“ Genossen.

Zement freigegeben!

Sichern Sie sich sofort eine
AMBI-Dachziegel-Maschine

für Handbetrieb

(D. R. P. und Weltpatente.)

Herstellung von Zement-Dachziegeln aus vorhandenen Rohstoffen (Kies-Sand usw.) auch unmittelbar an der Baustelle im leichtesten Handbetrieb.

Grosse Ersparnisse. Beste Kapitalanlage, da Bedarf an Dachziegeln unbegrenzt.

Verlangen Sie Druckschriften D

AMBI-Werke Abt. II J 34

Berlin-Johannisthal.

Verantw. Schriftleitung: J. A. M. v. M. v. M. v. M.

Möbel u. Betten

in grosser Auswahl zu sehr billigen Preisen.

Matratzen

in Seegras, Wolle, Capoc und Rosshaar

in bester Verarbeitung u. gutem Drell zu niedrigen Preisen.

Gebr. Haligarten

Bingen, Schmittstrasse 23.

Weinschöne

frisch eingetroffen.

Fischer & Metz, Rudesheim.



Eigene
**Reparatur-
Werkstätte**

Uhren, Wecker innerhalb 8 Tagen
Brillen, Kneifer, imbalist sofort
Schmucksachen innerhalb 8 Tagen

Kleinigkeiten sofort
gut, preiswert und schnell.
gediegen und reell

Gregorius

Bingen a. Rh. Tel. 754
Kirchstraße 32 (Rathausplatz)
St. Wendel und
Schiffweiler.

Betr. wirtschaftliche Beihilfen für heimgekehrte Kriegsgefangene.

Gemäß Verfügung der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene vom 10. August 1920, Nr. VIII. 86, erhalten Heimkehrer, welche nach dem 1. Mai 1920 heimgekehrt und in Deutschland aus dem Wehrdienst entlassen sind, bei Gewährung einer wirtschaftlichen Beihilfe eine Teuerungszulage von 50 Prozent auf den aus Reichsmitteln bewilligten Betrag der wirtschaftlichen Beihilfen.

Den bereits mit Beihilfen bedachten Heimkehrern, auf die die Verfügung jedoch Anwendung findet, ist die bewilligte Teuerungszulage von 50 Prozent zunächst sofort auszusahlen. Diese Heimkehrer werden ersucht, sich umgehend im Büro des Hilfsausschusses Rüdesheim, Kreishaus, Zimmer Nr. 16, unter Vorlage des Entlassungsscheines des Durchgangslagers zu melden.

Rüdesheim a. Rh., den 1. September 1920.

Kreiswohlfahrtsamt
Abt. B.

Der Vorsitzende des Hilfsausschusses
für heimgekehrte Kriegsgefangene.

Mülhens,
kommissarischer Landrat.

Junger Kaufmann

von Weingroßhandlung des unteren Rheingaus sofort gesucht. Bewerber unter 30 Jahren, welche in der Weinbranche gelernt und mit Führung der Keller- und Steuerbücher vertraut sind, sowie eine saubere Handschrift besitzen, erhalten den Vorzug. Kenntnisse in Stenographie und Maschinenschriften Bedingung.

Offerten mit Gehaltsansprüchen unter P. 50 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Eine Partie gebrauchte sowie neue
**Halb- und Viertelfußfässer,
Lagerfässer, Herbstbüten,**

sowie

Orgstoffe und kleinere Gebinde
preiswert zu verkaufen.

Siegfried Hirschberger, Bingen a. Rh.,
Gaustraße 38. Telefon 230.

Dem Hilfsausschuss sind verschiedentlich noch Anträge auf Gewährung wirtschaftlicher Beihilfen von Heimkehrern zugegangen, die bereits seit längerer Zeit aus der Gefangenschaft heimgekehrt und aus dem Wehrdienst entlassen sind. Bei der Bearbeitung solcher Anträge entstehen dem Hilfsausschuss in der Beurteilung der Bedürftigkeitsfrage insofern Schwierigkeiten, als sich die wirtschaftliche Lage dieser Heimkehrer, welche bereits seit Monaten wieder im bürgerlichen Leben stehen und einer Beschäftigung nachgehen, seit dem Tage ihrer Entlassung wesentlich verändert hat.

Es ist deshalb bestimmt worden, daß Anträge auf Gewährung einer wirtschaftlichen Beihilfe von bereits Heimgekehrten unbedingt bis zum 1. Oktober 1920 dem zuständigen Hilfsausschuss einzureichen sind. — Später eingehende Anträge können nicht berücksichtigt werden. Anträge der jetzt noch aus der Gefangenschaft heimkehrenden ehemaligen Kriegsteilnehmer müssen spätestens 3 Monate nach der Entlassung aus dem Wehrdienste dem zuständigen Hilfsausschuss eingereicht werden.

Rüdesheim a. Rh., den 3. September 1920.

Kreiswohlfahrtsamt
Abt. B.

Der Vorsitzende des Hilfsausschusses
für heimkehrende Kriegsgefangene.

Mülhens,
kommissarischer Landrat.

Keine Kohlennot

laufend mehrere Waggons Ia Qualitätsbrand
lieferbar

Bulkus-Briketts

Ziegelform
aus Kohlen und Koks hergestellt, für sämtliche
Heizungskörper, auch Zentralheizungen, geeignet
da 4000 Kalorien.

Bezugscheinfrei.

Erfahrene Vertreter an allen Plätzen gesucht.

M. J. Wagner Sohn,
Wittlich (Rhd.) Tel. 82.



Wer Eile hat
bedenke früh,
Erdal Schuhputz
spart Zeit und Mühe.

Schuhputz Erdal

schwarz / gelb / braun / rotbraun
Alleinhersteller: Werner & Mertz, Mainz

Feuer- u. Einbruchsdiebstahl.

Alte angesehene Gesellschaft, die auch
alle Nebenzweige betreibt, sucht überall
tüchtige

Vertreter

gegen hohe Bezüge. Bei Eignung Firm.
Gefl. Angebote erbeten an diese Zeitung
unter D. G., F. 9360.

Bekanntmachung.

Brennholz-Versteigerung.

Am Dienstag, den 14. Sept. ds. Js., vorm. 9 Uhr,
wird im Rathausaale dahier das im Distrikt 7, Buchenloch lagernde

Lohholz

— ungefähr 250 rm Knüppel — nur an hiesige Ortseingesessene zum eigenen
Gebrauch öffentlich versteigert und zwar zunächst im beschränkten Bieterkreis
an solche, die nachweisen können, daß sie bisher weder im Staats- noch im
Stadtwald Brennholz erwerben konnten. Mehr als 4 rm werden auf die
Haushaltung nicht abgegeben.

Rüdesheim a. Rh., den 31. August 1920.

Der Magistrat:
Neumann.

Junge Brautleute suchen
eine

Wohnung

mit 2 Zimmer u. Küche.
Angebote unter Z. an die
Geschäftsstelle ds. Bl.

Empfehle mich im
**Waschen und
Bügen.**

Näh. in der Geschäfts-
stelle ds. Bl.

Umpressen von Damenhüten

auf neueste elegante
Formen in tadel-
loser Ausführung.
Auch **Horrenzylinder**
können zu Damen-
hüten umgepresst
werden.

H. Lauferweiler,
Bingen, Salzstrasse 5.

Möblierte Zimmer

in Rüdesheim mit oder
ohne Beköstigung zum
30. September bzw. 15.
Oktober gesucht.

Technikum Bingen.

Statt Karten.

Für die anlässlich unserer Ver-
mählung erwiesenen Aufmerksam-
keiten sagen wir hiermit Allen
unseren herzlichsten Dank.

Marius Bouletin u. Frau
Marg. geb. Blattersbach.

Rüdesheim Paris
6. September 1920.

**Fußbodenöl,
Leinöl, Siccativ,
Terpentinöl,
Tüncherleim,
Kreide, Gyps,**

sowie alle
Del- u. Lackfarben,
trocken und pinselfertig
empfiehlt

J. Magnus,
Wilhelmstr., Rüdesheim.



DÜRKOPP LASTKRAFTWAGEN

beheben die Transportnot!

kurzfristig lieferbar

DÜRKOPPWERKE A.G. BIELEFELD
Personenwagen (Tourer, Sport- u. Luxuswagen) Last- u. Lieferungswagen, Lastzüge

Verkaufsstelle: **W. AMBERGER, Rüdesheim a. Rh.,** Fernsprecher 8. Untervertreter gesucht.